

Revolution und Reform.

Aspekte der deutschen Demokratiebewegung von 1848/49 am Beispiel Badens und Württembergs

- Die Revolution von 1848/49 ist ein europäisches Ereignis. Sie beschränkt sich keineswegs auf den deutschen Südwesten. Reform und Revolution, Revolutionsabwehr und Gegenrevolution bilden die Koordinaten eines gemeinsamen europäischen Erfahrungs- und Handlungsraumes im Kontext einer gewaltigen Umbruchsituation in der Mitte des 19. Jahrhunderts.
- Bereits 1847 findet der Veränderungsdruck erste Ventile: den Schweizer Sonderbundskrieg, der den liberalen Bundesstaat von 1848 vorbereitet, die französische Bankettbewegung, die 1848 in die Februarrevolution mündet, oder die politischen Reformen Papst Pius IX in Italien.
- In Deutschland setzt im September 1847 die Versammlung im Offenburger Salmen ein erstes Zeichen des demokratischen Aufbruchs. Ausgehend von Baden breitet sich damit die Demokratiebewegung in Deutschland aus. Die Versammlung der ca. 900 badischen Demokraten in Offenburg lässt sich also der frühen Phase des Revolutionsverlaufs zuordnen: Protest formiert sich, Mitstreiter werden mobilisiert und organisiert, Forderungen artikuliert und verbreitet. Der soziale Konfliktstau bildet dabei den brisanten Hintergrund.
- Damit ist Offenburg, wo 1848/49 weitere große Versammlungen stattfinden, „Symbol der republikanischen Demokratie Südwestdeutschlands geworden. Darin liegt seine geschichtliche Rolle, aber auch seine Begrenzung. Es verkörpert einen Aspekt der deutschen Revolution von 1848/49, nicht die Vielzahl der Strömungen und auch nicht die politischen Vorstellungen und Interessen der Mehrheit der Deutschen von 1848/49“ (Franz X. Vollmer).
- Chronologisch gesehen bildet die Verabschiedung der Offenburger „Forderungen des Volkes“ am 12. September 1847 in Offenburg den Auftakt zu einer politischen Zuspitzung, deren revolutionäre Dynamik sich im Verlauf des Frühjahres 1848 – nach einem weiteren Anstoß aus Frankreich – in ganz Deutschland Bahn bricht. Mit der Kapitulation der „Freiheitsfestung“ Rastatt am 23. Juli 1849 endet die deutsche Revolution. Zugespitzt: In Baden beginnt und endet die deutsche Revolution.
- In Baden behauptet sich die Revolution allerdings nicht nur am längsten, sondern auch am wirkungsvollsten. Die demokratischen und liberalen Kräfte können sich hier am stärksten entfalten. Die fortschrittliche Verfassung von 1818, das ungewöhnlich demokratische Landtagswahlrecht und die vorbildliche liberale Parlamentskultur in der reformfreudigen Zweiten Kammer schaffen dafür schon im Vorfeld der Revolution die entsprechenden Voraussetzungen. Es ist bezeichnend, dass 1848 in Baden kein „Märzministerium“ eingesetzt wird, sondern die Regierung Bekk nach einer Kabinettsumbildung im Amt bleibt. Auch

der Landtag wird nicht aufgelöst und neu gewählt. Die besondere Intensität und Dynamik, die die Revolution in Baden kennzeichnet, resultiert damit gerade nicht aus einer politisch besonders markanten Rückständigkeit. Im Gegenteil.

In den ehemaligen südwestdeutschen Reichsstätten kann an politische Partizipationsformen angeknüpft werden, die auf kommunaler Ebene den Stadtbürgern die Erfahrung politischer Opposition und Verantwortung ermöglichen. Weitgehend demokratische Gemeindeordnungen, 1831 von der badischen Regierung erlassen, fördern die demokratiegeschichtlich so produktive Verbindung von „Gemeindebürgertum und Liberalismus“ (Paul Nolte).

Besonders wirkungsvoll entfalten sich die liberalen und demokratischen Kräfte in maßgeblichen Initiativen zur Legalisierung, Parlamentarisierung und Institutionalisierung der revolutionären Aktionen, hier z. B. die Initiative zur Einberufung des Vorparlaments, aber auch in zahlreichen Aktivitäten auf der Gemeindeebene, nicht zuletzt in der beispiellosen Mobilisationstätigkeit und Kommunikation politischer Ideen. Die Festkultur spielt dabei eine besondere Rolle. Die Verfassungsfeste zum 25 jährigen Bestehen der badischen Verfassung sind dafür ein Beispiel.

- In Baden ist der politische Organisationsgrad der Bevölkerung und ihre Mobilisierung deutschlandweit am höchsten. Die Effektivität der politischen Mobilisierung lässt sich hier besonders an den Volksvereinen zeigen. Mitte Mai 1849 gibt es in Baden, straff organisiert von Amand Goegg, etwa 500 Volksvereine, in denen ca. 46.000 Badener organisiert sind. Bei einer Einwohnerzahl von 1.364.344 im Jahre 1848 in Baden entspricht dies ca. 3.4% der Gesamtbevöl-

kerung (Kurt Hochstuhl). Dieses Niveau ist innerhalb der deutschen Einzelstaaten einzigartig. Ungefähr jeder zehnte erwachsene Mann ist Mitglied in einem Volksverein. Diese Volksvereine bilden die lokale und überregionale Basis einer breiten Volksbewegung, die sich im Mai 1849 von Offenburg und Rastatt aus zur Aufgabe macht, die badische Verfassung zu modernisieren und zugleich die Reichsverfassung zu verteidigen.

Zur Mobilisierung gehört auch die hohe Versammlungstätigkeit in Baden, die ebenfalls von den Vereinen getragen wird. Als Versammlungsort kommt Offenburg, das verkehrsgünstig etwa in der Mitte Badens liegt, eine wichtige Funktion als politischer Knotenpunkt zu. Hier finden politisch wichtige Versammlungen statt wie beispielsweise im September 1847, im März 1848 und schließlich im Mai 1849.

Auch Petitionskampagnen tragen zur Mobilisierung der Bevölkerung bei. Die Petitionskampagne aus Anlass der im Januar 1849 für Baden verkündeten Grundrechte ist dafür ein Beleg. Hier geht es darum, in Petitionen an die Zweite Kammer in Karlsruhe, die Abschaffung der Ersten Kammer, also der politischen Privilegien des Adels, zu erwirken sowie in einer Neuwahl das Einkammersystem zu legitimieren. Bis zum 10.2.1849 gehen bereits 461 Petitionen mit über 38.000 Unterschriften für Kammerauflösung und Konstituierende Versammlung ein; 129 mit knapp 8.500 Unterschriften sprechen sich dagegen aus. Jeder achte männliche Erwachsene beteiligt sich somit an dieser Petitionskampagne, die in den Vereinen ihren organisatorischen Rückhalt und in den zahlreichen Zeitungen ihr Sprachrohr hat. Solche Petitionskampagnen organisieren und strukturieren in maßgeblicher Weise die politische Teilhabe der Bevöl-

kerung, deren Handlungswille, aber auch Unmut, Interesse und Vision auf diese Weise gebündelt und kanalisiert wird.

- In Baden trifft auch die politische Kommunikation auf eine optimale Ausgangsposition. Es gibt bereits im Vormärz ein traditionsreiches Pressewesen, das in der Revolution allerdings eine neue Qualität entwickeln und eine ungeheure Dynamik entfalten kann. Zahlreiche, vor allem lokale Blätter werden neu gegründet. Sie sind Stimmungsbarometer und Kommunikationsmedium in einem und leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass die kleine und große Politik die Menschen in ihren Lebenswelten erreicht. Ob spöttisch, kritisch, belehrend, ratend, urteilend: die Zeitungen informieren, koordinieren, politisieren und polarisieren die Bevölkerung.

Außergewöhnlich günstige Bedingungen für die politische Kommunikation gibt es in Baden trotz seiner schmalen und langgestreckten C-Form auch geographisch und verkehrstechnisch. Die lange Grenze mit Frankreich im Westen und mit der Schweiz im Süden vereinfacht den Kontakt mit revolutionären, fortschrittlichen Ideen. Die grenzüberschreitenden Informationsströme sorgen für frühzeitige Nachrichten von der Februarrevolution in Paris (1848) oder dem Sonderbundskrieg in der Schweiz (1847). Freischärler sammeln sich jenseits der Grenze, das Exil beginnt zumeist in der Schweiz oder in Frankreich. Nicht zufällig ruft Struve die Republik am südwestlichen Zipfel, in Lörrach, aus.

Fast alle wichtigen Städte liegen an der großen Nord-Süd-Achse des Rheintals zwischen Basel und Frankfurt: die Handelsstadt Mannheim, die Universitätsstadt Heidelberg, die Verwaltungs- und Residenzstadt Karlsruhe, die Militärstadt Rastatt, der Verkehrsknotenpunkt Offen-

burg, und nicht zuletzt Freiburg, die zweite badische Universitätsstadt. Besondere Schubkraft und Dynamik erfährt die Revolution jedoch doch durch die Eisenbahn, die die Mobilisierung größerer Menschenmassen erst ermöglicht. Nicht zufällig wird Offenburg als Versammlungsort gewählt.

Nachrichten können so als persönliche Augenzeugenberichte auch aus entfernter gelegenen Gegenden nach Baden gelangen; aber auch preußische Soldaten lassen sich damit zügig transportieren. Nicht von ungefähr liegen auch zahlreiche kleinere Städte, die in der Revolution eine wichtige Bedeutung als Gelenkstellen zum badischen Hinterland der besiedelten Schwarzwaldtäler haben, an dieser Eisenbahnstrecke: Ettenheim, Weinheim, Ettlingen, aber auch Offenburg und Rastatt.

- In Baden trifft insbesondere zu, was häufig als das Grundproblem der Demokratiebewegung bezeichnet wird: Die Auseinandersetzung über „konstitutionelle Monarchie oder Republik“. Hier sind nämlich die Anhänger der Republik keine kleine Minderheit. Vielmehr finden sich die Anhänger einer republikanischen Staatsform bis ins gewerbliche Bürgertum und Kleinbürgertum.

Mit „Republik“ verbindet man in Baden in erster Linie nicht den wilden Umsturz und roten Radikalismus, sondern eine „volkstümliche Staatsverwaltung“, bürgerliche Selbstregierung, Freiheit von bürokratischer Bevormundung und adligen Privilegien. Strukturell heißt Republik zunächst Einkammersystem. Die Staatsform, konkret: die Staatsspitze – Präsident oder Monarch – ist demgegenüber zunächst sekundär. Auch über den Weg ist man sich einig: dieser heißt Reform im Konsens, nicht mit Gewalt. Die gescheiterten Aufstandsversuche von

Hecker im April 1848 und Struve im September 1848 sind dafür ein Beispiel. Aber diese mangelnde Gewaltbereitschaft ist nicht gleichbedeutend mit einer Absage an die Republik und den geforderten einschneidenden politischen Reformen des politischen Systems in Baden. Beide Aufstandsversuche haben die Anhänger einer Republik oder zumindest einer umfassenden Staatsreform letztlich nicht ihrem Ziel entfremdet. Die Mairevolution 1849, die sich stets zunächst in den lokalen Lebenswelten der Gemeinde vollzieht, zeigt wie weit republikanische Überzeugungen an der Basis verbreitet und gefestigt sind.

- In Baden wird die Schwelle zur Gewalt häufiger als sonst in Deutschland überschritten. Hier sind im Rahmen der Basisrevolution auf dem Land und auf der „Straße“ die gewalttätigen Ausschreitungen im Rahmen der Bauernaufstände im Nordosten Badens, v.a. im Odenwald, zu nennen sowie die gewalttätigen Aktionen gegen Juden.

Auch die Aufstandsversuche Heckers und Struves (1848), die als akademisch-städtische Führerfiguren die Verbindung mit der unterbürgerlichen und ländlichen Bevölkerung suchen, verweisen auf ein Gewaltpotential in Baden, das allerdings entgegen den Erwartungen letztlich doch nur von einer Minderheit geteilt wird. Die Bevölkerung stimmt vielmehr mit den Füßen ab und schließt sich den Aufständischen nicht an. Wer daher die badischen Republikaner nun insgesamt mit der gewaltbereiten Minderheit unter ihnen gleichsetzt, verkalkuliert sich damit genauso wie seinerzeit Hecker und Struve selbst, die ihrerseits die Gewaltbereitschaft der Bevölkerung überschätzen.

Im Hinblick auf die Bereitschaft, schließlich zur Verteidigung der Reichsverfassung und zur Durchsetzung demo-

kratischer Reformen auf Landesebene den bewaffneten, militärisch organisierten Konflikt zu führen, kommt Baden eine besondere Rolle zu. Die Krise der Nationalversammlung und der von ihr getragenen Institutionen-Revolution auf der nationalen Handlungsebene führt dazu, dass sich die revolutionäre Dynamik auf der regionalen und lokalen Ebene immer enger mit der nationalen Politik verbindet. Auch die Entwicklungen in anderen regionalen Zentren beeinflussen zunehmend den lokalen Radikalismus, der sich in Baden im Mai 1849 erfolgreich durchsetzt. Die vorangegangenen – und bereits niedergeschlagenen – Aufstandsbewegungen in Sachsen und der bayerischen Pfalz dienen dabei als Erfahrungshorizont. Selbst wenn das Argument der Verteidigung der Reichsverfassung – die der Großherzog am 11. April 1849 bereits angenommen hatte – für die tonangebenden Oppositionellen in Baden ein Mittel zum Zweck der Verwirklichung der badischen Staatsreform ist: die badische Mairevolution 1849 und die militärische Verteidigung ihrer Errungenschaften stellt innerhalb der deutschen Demokratiegeschichte mehr dar als eine nur provinzielle Fußnote. Auch wenn es 1849 noch nicht um die militärische Verteidigung der ersten deutschen Republik geht, so wird in Baden und in Rastatt im Besonderen letztlich die erste Republik in Deutschland verteidigt.

- In Baden schließen sich im Mai 1849 auch Soldaten der Revolution an. Das ist für die deutsche Revolution 1848/49 einzigartig. Der Militäraufstand beginnt in der Bundesfestung Rastatt. Soldaten in den anderen badischen Garnisonen Karlsruhe, Lörrach, Freiburg, Mannheim und Bruchsal schließen sich in den darauf folgenden Tagen dieser Bewegung an. Dieser Militäraufstand ist unzweifelhaft der wesentliche Auslöser für die

Flucht des Großherzogs und der Regierung.

- Die überstürzte Flucht wiederum verursacht ein Machtvakuum, in das der Landesausschuss der Volksvereine unter Brentano eintreten kann. Die Macht fällt damit den Verantwortlichen quasi über Nacht und halb wider Willen in den Schoß. Insofern profitiert die republikanische Bewegung von dem Rastatter Soldatenaufstand. Die Armee, die übrigens in Einheiten geordnet verbleibt, gibt der provisorischen Regierung den nötigen militärischen Rückhalt, um von einer Volksbewegung zum Aufbau einer kommunalen Selbstverwaltung und zur Reform des Landtages überzugehen. Angesichts der bedrängten Lage ist es erstaunlich, dass die Forderung nach einer Konstituierenden Versammlung konsequent erfüllt wird. Bereits am 3. Juni finden Wahlen statt. Es ist die erste demokratische Wahl in der deutschen Geschichte, die auf der Grundlage eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts durchgeführt wird. Eine Woche später tritt das neugewählte Parlament zusammen. Wenn auch die provisorische Regierung darauf verzichtet, formal die Republik – ein zu dieser Zeit negativ belegter Begriff – zu proklamieren, so führt sie dennoch de facto die republikanische Staatsform ein und stellt sich konsequent auf den Boden der Volkssouveränität. Damit wird Baden für gut sechs Wochen die erste Republik in einem deutschen Flächenstaat – und dies mit überwiegend friedlichen Mitteln, gestützt und getragen von der Zustimmung und Mitwirkung eines großen Teiles der badischen Bevölkerung. Die erste „friedliche Revolution“ in Deutschland.
- Innenpolitisch kann oder will die republikanische Bewegung den Soldatenaufstand, der ihr im Grunde fremd bleibt,

nicht weiter für sich nutzen. Dafür kommt jedoch den Soldaten im Bürgerkrieg gegen die von Preußen mit militärischen Mitteln geführte Gegenrevolution eine besondere Rolle zu. Mit einem Vorstoß versuchen sie die Revolution nach Hessen und nach ganz Deutschland zu tragen. In einer militärisch aussichtslosen Situation versuchen sie schließlich, die Errungenschaften der badischen Staatsreform auf militärischem Weg zu verteidigen. Insgesamt kämpfen auf Seiten der Revolutionäre 15.000 bis 20.000 Mann gegen die preußischen Linientruppen und Truppen des deutschen Bundes, die über 50.000 Mann zählten.

- Zum europäischen Charakter der Revolution – der sich in Rastatt sehr gut zeigen lässt – gehört, dass sich die Revolutionsarmee nicht nur aus badischen und übergetretenen Soldaten aus anderen deutschen Armeen zusammensetzte. Vielmehr schließen sich ihr auch polnische, ungarische, schweizerische, französische, russische und österreichische Legionäre und Freischärler an. Geführt wird dieser „bunte Haufen“ der Revolutionsarmee von dem polnischen General Ludwig Mieroslawski, dem Anführer des Posener Aufstandes.
- Die Revolution in Württemberg verläuft weniger spektakulär und sehr viel gedämpfter als in Baden. Es hängt allerdings dem Mythos der Gewalt an, wer den Vorgängen in Württemberg den revolutionären Charakter abspricht. Die Partizipationserfahrungen v.a. in den hartnäckigen parlamentarischen Initiativen sprechen hier eine eindeutige Sprache. Auch die zentralen außerparlamentarische Aktionsräume werden in Württemberg eindrücklich besetzt. Die Vorgänge und Erfahrungen in Württemberg sind für die Einstellung der Mehrheit der Deutschen sicherlich repräsentativer. Die Erfahrungen, die jedoch in Baden ge-

sammelt werden bei dem Versuch, in Südwestdeutschland die Vorreiterrolle für die Einführung der republikanischen Demokratie in Deutschland zu übernehmen, sind allerdings für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte prägend.

- In der Endphase der Revolution werden die Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen besonders offensichtlich. Während es in Baden zu einer breiten Volksbewegung kommt, der sich die regulären badischen Truppen von Rastatt ausgehend anschließen, und schließlich Krieg gegen die Bundestruppen geführt wird, lässt die liberale Regierung in Württemberg das Rumpfparlament gewaltsam auflösen, hebt die württembergische Neutralität auf und gestattet den preußisch geführten Bundestruppen, zu den auch württembergische Regimenter zählen, den Vorstoß über württembergisches Territorium. Militärisch gesehen führt diese „undichte Stelle“ zur entscheidenden Niederlage der Revolutionsarmee bei Gernsbach und dem anschließenden Rückzug der Truppen in die Festung Rastatt. Eine kleine Gruppe Reutlinger Freischärler schließt sich dagegen am 21. Juni 1849 – knapp einen Monat nach der großen Pfingstversammlung zur Durchsetzung der Reichsverfassung (28. Mai 1849) – dem „bunten Haufen“ der badischen Revolutionsarmee an.
- Ein Württemberger aus Stuttgart-Feuerbach, Ernst Elsenhans, hebt während der Belagerung der „Freiheitsfestung“ Rastatt den Durchhaltewillen und die Kampfmoral der Eingeschlossenen. Sein Konzept der „sozialen Demokratie“ greift den sozialdemokratischen Reformvorstellungen voraus. Er wird in Rastatt standrechtlich hingerichtet.

- Ein weiterer Württemberger, Ludwig Pfau aus Heilbronn, der Herausgeber des „Eulenspiegels“ in Stuttgart, dichtet im Dezember 1849 das „Badische Wiegenlied“, das eine Strophe zu Rastatt enthält und die Atmosphäre der Besatzungszeit in Baden eindrücklich vermittelt.

(Dieser Beitrag stellt eine Reduktion von Forschungsergebnissen zur möglichen Umsetzung im Unterricht dar. Berücksichtigt wurden v.a. Siemann, Langewiesche, Nolte und Hettling.)